

Rutesheim, den 30. Januar 2017

Erklärung zum Haushalt

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Hofmann,
sehr geehrte Herren Amtsleiter,
liebe Kolleginnen und Kollegen Stadträte,

als ich mir über den Jahreswechsel den Haushaltsplan und den Wasserwirtschaftsplan 2017 in einem ersten Überblick angetan habe, dachte ich: Wie passt das alles zusammen? Auf der einen Seite: Ein Projekt nach dem anderen, alle gut durchdacht, kein Prestigeobjekt dabei, teils auch von außen aufgezwungen, manche etwas teurer geworden und in absehbarer Zukunft noch die Bosch-Konversion. Auf der anderen Seite: Schuldenfrei, keine geplante Kreditaufnahme und eine noch immer ordentliche Rücklage.

Gründe genug, einen zweiten und tieferen Blick in die Zahlen zu werfen!

Der Verwaltungshaushalt bewegt sich seit 2012 auf einem ähnlichen Niveau und wächst jährlich um eine vergleichbare Rate. Schaut man auf die wesentlichen Ausgaben, muss einem dieser stabile Zuwachs *an der ein oder anderen Stelle* zu denken geben.

- Hurra, dachte ich kurz *vor* Weihnachten: der **Kreisumlagehebesatz** sinkt um satte drei Prozentpunkte, von 37% auf 34%. Damit erhielt unsere Kommune ein ordentliches Stück Autonomie zurück. Pustekuchen statt Lebkuchen dachte ich kurz *nach* Weihnachten: Trotz der gesunkenen Prozentzahl zahlen wir 39.000 € mehr als im Vorjahr, in der Summe 4,56 Mio € und somit 14% der Ausgaben des Verwaltungshaushaltes. Bedauerlich, dass die gestiegene Steuerkraftsumme bei der Berechnung der Kreisumlage den gesunkenen Prozentsatz einebnen. Da liegt einem der von Renningen abgelehnte Fahrradweg zwischen Rutesheim und Perouse noch schwerer im Magen, denn der wäre aus jener Kasse bezahlt worden.
- Der **sächliche Verwaltungs- und Betriebsaufwand** steigt seit einigen Jahren kontinuierlich an, v.a. die Unterhaltungskosten und Bewirtschaftungskosten, die sich jeweils der 2-Mio.-€-Marke nähern. Und unsere laufenden Projekte werden auch keine Kostensenkung verursachen. Klar ist: Jedes Häusle will geheizt, jedes Plätzle gepflegt und jedes Sträßle beleuchtet sein. In der Zwischenzeit liegt der Verwaltungs- und Betriebsaufwand bei 7,2 Mio. € und macht ganze 22% der Ausgaben im Verwaltungshaushalt aus. Wir müssen das im Auge behalten, nicht nur über den jährlichen Energiebericht.

- Die **Zuführungsrate** liegt bei 2,65 Mio €. Sie ist mal höher, mal niedriger und bewegt sich 2017 auf einem mittleren Niveau. Seien wir froh, dass wir überhaupt Geld zuführen können.
- Kritisch sind insbesondere die **Personalkosten** zu sehen: Mit 9,3 Mio. € und fast 30 % der Ausgaben haben sie erneut Rekordniveau erreicht und werden im Vergleich zu 2016 um 5,4 % wachsen. 2008 lagen sie noch bei knapp 5,4 Mio €. Rechnet man noch die Ausgaben für die Gebäudereinigung dazu, die nicht bei den Personal-, sondern bei den Unterhaltungskosten auftauchen, kann man getrost sagen: In Zehn Jahren haben sich die Ausgaben für das Personal verdoppelt!

Schaut man sich die Gründe für diesen Personalzuwachs näher an, könnte man für Rutesheim statt „aktiv, innovativ, lebenswert“ auch einen anderen Slogan wählen, genauer Genesis 1 Vers 28: „Seid fruchtbar und mehret euch“. Unsere hohen Personalkosten werden hauptsächlich durch den Ausbau der Kinderbetreuung verursacht. Als kinderfreundliche Stadt freuen wir uns über jedes Kind und jede Familie, die zu uns zieht. Nur müssen wir langfristig unsere Infrastruktur im Auge behalten. Vielleicht wäre es klug, über andere Wege bei der Ausweisung von Wohngebieten nachzudenken. Muss Rutesheim immer wachsen? Warum nicht das ein oder andere Wohngebiet um 1-2 Jahre schieben? Vielleicht das Bosch-Areal ähnlich wie im Perouser Vallon II in zwei oder drei Etappen erschließen? Denn eines ist klar: Ein Bevölkerungswachstum, dass nicht von der Geburtenrate, sondern von Zuzügen lebt, kann vom einen auf den anderen Tag beendet sein.

Noch einen Blick auf **drei wesentliche Einnahmeposten im Verwaltungshaushalt:**

- Die **Einkommenssteuer** macht mit 6,7 Mio. € etwa 20% der Einnahmen aus. Ihr stabiles Niveau liegt an der stabilen ökonomischen Lage. Eine Krise zeichnet sich nicht ab, aber wehe, die Lage verschlechtert sich! Nur ein Beispiel: Die USA sind seit kurzer Zeit Deutschlands wichtigstes Exportziel. Wenn der neue amerikanische Präsident mit Schutzzöllen ernst macht, dann träfe es ganz schnell die Autoregion Stuttgart und dann wären auch wir in Rutesheim dabei.
- Die **Gewerbsteuer** liegt bei 4,2 Mio. €, das sind knapp 13 % der Einnahmen im Verwaltungshaushalt. Man muss es immer wieder sagen: Was die Gewerbesteuer betrifft, ist Rutesheim keine Kommune, darin Milch- und Honig fließen, sondern allenfalls der Eisengriffbach. In dieser Hinsicht sind wir eine finanzschwache Kommune, aber seien wir ehrlich: Lieber einen stabilen und breit gestreuten Mittelstand garniert mit vereinzelt Niederlassungen von Großunternehmen als abhängig sein von einem einzigen Giganten.
- Die Einnahmen, die mit **Gebühren** erzielt werden, liegen bei 4,7 Mio. € und tragen 14% zu den Gesamteinnahmen bei. Diese Gebühren sind eine Auszeichnung für die Leistungen, die unsere Kommune ihren Bürgern anbietet. Zwei Beispiele:

- Vor genau dreißig Jahren wurden in Rutesheim die letzten beiden Schwestern des Diakoniewerks Schwäbisch Hall verabschiedet. Was für eine Entwicklung, bedenkt man die 1,6 Mio. €, die die **Sozialstation** 2017 erzielen soll. *Vor der Arbeit, die dort geleistet wird, kann man nur den Hut ziehen.*
- Ein ähnlich dicker Brocken sind die **Gebühreneinnahmen für Kindergärten U3/ Ü3, Ganztagesbetreuung, TAKKI und Kinderkrippe**, die zusammen 777.000 € ausmachen. Für mich ist das ein schwieriger Posten: Ja, wir wollen kinderfreundliche Stadt sein und ein breites Betreuungsangebot bereitstellen. Und ja, wir sind auf dieses Geld über Gebühren angewiesen. Und nochmal ja, der Gesetzgeber verpflichtet uns in weiten Teilen sogar dazu. Und trotzdem halte ich das Gebührenmodell generell falsch angelegt: Hier werden Eltern organisatorisch und pädagogisch **entlastet**, aber finanziell **belastet**. Das Problem zeigt sich auch am Rutesheimer Haushalt: Der fast ständige Ausbau des Betreuungsangebotes führt zu einer deutlichen Personalaufstockung. Für die Eltern heißt das: jährlich werden Gebühren erhöht. Warum Schule, Ausbildung und Universität kostenlos sein sollen, aber am Bildungsstandort Deutschland ausgerechnet die Betreuung der Kleinsten durch die Eltern und nicht durch die Allgemeinheit gefördert werden sollen, weiß ich nicht. Ich finde das System kinderfeindlich – hier muss politisch nachgesteuert werden.

Im **Vermögenshaushalt** sind es vier große Posten, die auf der Einnahmeseite stehen. Bereits angesprochen habe ich die Zuführungsrate, die unsere Handlungsfähigkeit stärkt. Wichtig sind auch Zuweisungen und Zuschüsse, etwa Fördermittel für unser Haus der Kinder, den Grundschulausbau und der marginale Landesbeitrag zum Perouser Straßenbau. Im Blick behalten müssen wir zwei weitere:

- Zum Einen die **Entnahme aus der Rücklage**, die mit 5,5 Mio. € etwa 40 % der Einnahmen ausmacht. Wenn genug Geld da ist, wird in der Politik gerne geprasst. Firlefanz, Freibad, Fußwege vergolden, Flugzeugträger – der politischen Phantasie sind bei genügend Geldreserven keine Grenzen gesetzt! Nicht so in Rutesheim: Stadtverwaltung und Gemeinderat legen zurecht Wert darauf, dass die Rücklage sinnvoll verwendet wird. Mit diesem Geld wird gearbeitet, und der Haushalt zeigt, dass nur in sinnvolle Projekte investiert wird. Ich unterstütze diesen Kurs ausdrücklich! *Langfristig muss es unser Ziel sein, nach der Zeit der Projekte und nach der Bosch-Konversion die Rücklage wieder zu füllen.*
- Zum Anderen **die Veräußerungserlöse**, mit 4,2 Mio. € etwa 30 % der Einnahmen. Klar ist: Ohne Veräußerungserlöse keine Projekte! Diesen Posten müssen wir immer kritisch im Blick behalten, denn bei 1620 ha – wie die GABL bereits betont hat - kann unsere Siedlung nicht ewig wachsen. Unsere Position muss es sein, Flächen *in* der Siedlung zu konvertieren, ohne wertvolle historische Bausubstanz zu vernichten, und an den Rändern der Siedlungsfläche auf maßvolle

Gebieterschließung zu setzen. Es gibt grauenhafte Beispiele in der Umgebung, wo ohne jedes Maß in den Außenbereich ausgegriffen wird.

Bei den Ausgaben im Vermögenshaushalt sind es zum überwiegenden Teil die bereits genannten Baumaßnahmen und marginal der Grunderwerb, die uns belasten. In der Summe zeigt sich: Alles notwendige und sinnvolle Projekte, alles gut finanzierte Projekte. Schade, dass das Haus der Kinder und der Perouser Straßenbau am Ende deutlich teurer geworden sind. Wir Stadträte sind bei der Planung auf präzise Zahlen und Vorausberechnungen angewiesen, denn anders als die Verwaltungsmitarbeiter sitzen wir „nicht so sehr im Boot“ und sind eher für die großen Linien zuständig. Präzise Prognosen sind also für unsere Entscheidungen notwendig.

Am Horizont sehe ich in den kommenden Jahren nur ein weiteres Projekt: Das ist der **soziale Wohnbau**. Die Stadt Rutesheim hat in den vergangenen 2-3 Jahrzehnten ihre Ortsmitte frisch poliert. Dafür wurden viele alte Gebäude abgerissen; Gebäude, die günstigen Wohnraum enthielten. Und der wird jetzt knapp: Durch unsere attraktive Lage und unseren aufgehübschten Ortskern treiben die Eigentümer von Mietwohnungen seit zwei, drei Jahren die Mietpreise ins Unermessliche. Preise von 15-20 € pro m² in jeglichen Wohngebäuden sind kein Alptraum mehr, sondern vorstellbar. Verloren gehen dabei all jene, die sich solche Mieten nicht leisten können.

Im Gemeinderat haben wir über dieses Thema mehrmals gesprochen. Und ich sage es ganz deutlich: **Für mich ist beim sozialen Wohnbau der Rubikon überschritten**. Hier müssen wir als Kommune aktiv werden. Mit Nördlich Schelmenäcker, dem Bosch-Areal und ggf. Krautgärten haben wir Fläche genug. Und am Geld wird es nicht scheitern, entweder werden wir Grundstücke preisvergünstigt abgeben oder es wird in naher Zukunft ein Bundes- oder Landesbauprogramm geben. Wie bedauerlich, dass es hier so langsam geht: So wird die Wohnraum-Allianz der schwarz-grünen Landesregierung erst im Mai Zwischenergebnisse (!) für sozialen Wohnbau vorlegen – das geht alles viel zu träge und zu schleppend!

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

BM Hofmann betont in seinem Jahresrückblick zum Schluss immer das gute soziale Miteinander in der Stadt. Möglicherweise denkt sich da der ein oder andere: „Bei einem Haushaltsvolumen von fast 50 Mio. € ist soziales Zeug doch was für kleine Mädchen!“

Was hat uns da das Jahr 2016 weltweit eines Besseren belehrt. Ich bin froh, dass wir unsere Bürgerinnen und Bürger in ihrem freiwilligen Engagement und sozialem Zusammenhalt so gut unterstützen können. Und deshalb möchte ich als Sozialdemokrat zum Schluss meines Haushaltsstatements noch ein paar sozial motivierte Zahlen nennen:

- 2017 gehen wir von einer laufenden Vereinsförderung in Höhe von ca. 254.000 € aus. Hinzu kommen Investitionskostenzuschüsse, in diesem Jahr etwa 26.500 für die Innensanierung der ev. Johanneskirche.

- Desweiteren gibt es außerordentliche Sonderzuschüsse, wie die diesjährige Erneuerung des Kunstrasenspielfeldes im Bühl-Sportpark mit ca. 500.000 €. Solche Vorhaben prüfen wir wohlwollend, aber kritisch.
- Nicht zuletzt gibt es in diesem Jahr das Stadtfest zur 1250-Jahr-Feier mit einem geplanten Defizit von ca. 150.000 €.

Und jetzt stellen sie sich einmal vor, diese Gelder würden gestrichen werden: Viele Vereine müssten ihre Mitgliedsbeiträge erhöhen, obwohl es schwerer denn je ist, Menschen für eine Mitgliedschaft zu begeistern – für manche Vereine wäre wohl Schluss. Die Mesnerin der Johanneskirche müsste vor Gottesdiensten warme Decken verteilen – zumindest, solange das Gebäude noch hält. Unsere Fußballer könnten aus privater Schatulle irgendwo einen Acker kaufen, darauf Spielflächen vom Hagebau säen und auf Dauer sporttauglich pflegen. Und anlässlich unseres 1250-Jahr-Jubiläums könnte sich jeder Rutesheimer an einem Sonntag freier Wahl eine Kerze auf das Fensterbrett stellen und im Stillen gedenken.

Das klingt im ersten Moment lustig. In ärmeren Kommunen sind solche Überlegungen – Sparen am Ehrenamt – durchaus gang und gäbe. Nur: Das ist kein Miteinander mehr, sondern ein Nebeneinander und im schlimmsten Fall ein Gegeneinander. So lange es finanziell möglich ist, müssen wir das ehrenamtliche Engagement unserer Bürgerinnen und Bürger unterstützen, denn es stärkt unseren Gemeinsinn!

Und jetzt zurück zum Haushalt: Mich stimmt das Zahlenwerk optimistisch. Bei einem Teil der Schwachstellen – Rücklagenentnahme, Personalkosten, sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand, Projekte – haben wir die Stellschrauben selbst in der Hand, um zukünftige Kostensteigerungen abzuwenden, anders als etwa bei der Kreisumlage und beim Steueraufkommen. Schade ist, dass die mittelfristige Finanzplanung bereits 2020 endet und so die Veräußerungserlöse von Bosch und Krautgärten nicht mehr berücksichtigt und den Kosten für alle Projekte, Rücklagenentnahmen usw. entgegengestellt werden können. Möchte man diesen Haushalt 2017 und die kommenden Jahre mit einem Wetterbericht umschreiben, könnte man sagen: Der Himmel trübt sich ein wenig ein, vor Regen bleiben wir aber verschont, und am Ende des Vorhersagezeitraums ist ein strahlender Sonnenaufgang in Sicht.

Mein Dank gilt abschließend allen, die an diesem Haushaltsplan mitgearbeitet haben und – mir noch viel wichtiger - uns das ganze Jahr über mit kompetenten Erklärungen geholfen haben. Das gilt auch für den Wirtschaftsplan Eigenbetrieb Wasserversorgung, hier unterstütze ich nachdrücklich die kostendeckende und nicht gewinn-orientierte Preisgestaltung. Auch ich stimme beiden Haushalten zu.